

Offener Brief an die Lehrerinnen und Lehrer der baden-württembergischen Realschulen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit einigen Monaten findet auch in Baden-Württemberg wieder verstärkt eine Diskussion um die Zukunft des gegliederten Schulwesens statt. Anlass für diese Diskussion ist die Tatsache, dass auf Grund der sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen und der weiter abnehmenden Akzeptanz der Schulart Hauptschule insbesondere im ländlichen Bereich viele Hauptschulstandorte gefährdet sind und deshalb die Frage nach der Zukunft der Schule am Ort in vielen Gemeinden immer wichtiger wird.



In diesem Zusammenhang versuchen der Realschullehrerverband, der Philologenverband und der Berufsschullehrerverband immer wieder, mit polemischen und falschen Behauptungen diejenigen zu diffamieren, die sich für eine grundlegende Reform des bestehenden Schulsystems und damit für eine Überwindung des gegliederten Schulsystems einsetzen. Vor allem der Realschullehrerverband versucht dabei den Eindruck zu erwecken, als sei er der einzige und wahre Vertreter der Interessen der Realschulen und der dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen.

Ich will im Folgenden versuchen diesen falschen Behauptungen ganz sachlich zu begegnen und vertraue dabei auf das kritische Urteilsvermögen meiner Kolleginnen und Kollegen aller Schularten:

1. Das Grundproblem unseres Schulsystems besteht nicht darin, dass die eine Schulart gut und die andere weniger gut ist. Das Grundproblem ist, dass wir die Kinder bereits mit 10 Jahren sortieren anstatt sie länger gemeinsam lernen zu lassen. Deshalb wollen wir „Eine Schule für alle“, was freilich nicht heißen darf, dass Schularten einfach nur zusammengelegt werden oder die Kinder der einen eben in die andere Schule geschickt werden. Notwendig sind vielmehr neue pädagogische Konzepte, bei denen die individuelle Förderung und nicht die Auslese im Mittelpunkt steht. Ich habe großes Verständnis dafür, dass viele Lehrerinnen und Lehrer skeptisch sind, weil wir den Umgang mit heterogenen Gruppen nicht gelernt haben und uns jahrzehntelang erzählt worden ist, dass der Vorteil des gegliederten Schulsystems darin bestehe möglichst homogene Lerngruppen zu bilden und dadurch höhere Leistungen zu erreichen. Inzwischen wissen wir, dass dies nicht stimmt. Worauf es ankommt, ist, dass wir die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellen. Dann werden wir sowohl den Leistungsschwächeren als auch den Leistungsstarken besser gerecht, Solange Schulen Kinder aber wegschicken oder nicht versetzen können, sind wir von diesem Ziel weit entfernt. Solange bei uns noch oft genug gesagt wird, dass dieses Kind nicht in diese Schulart gehört, sind wir in Sachen individueller Förderung anderen Ländern weit hinterher. Dass eine Reform unseres Schulsystems vor allem aber auch bessere Rahmenbedingungen braucht, versteht sich von selbst. Dafür wird sich die GEW auch in Zukunft einsetzen. Wir werden strukturellen Veränderungen nur dann zustimmen, wenn sie einen Schritt hin zu längerem gemeinsamen Lernen darstellen. Dazu gehört auch, dass die Gymnasien in strukturelle Reformen mit einbezogen werden. Darauf können sich alle Kolleginnen und Kollegen verlassen. Eine reine Verteidigung des Bestehenden allerdings führt uns nicht weiter und löst kein einziges Problem.

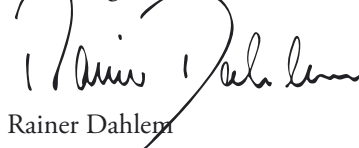
In diesem Zusammenhang muss dann auch die Frage diskutiert werden, ob eine „Zusammenlegung“ von Haupt- und Realschulen ein akzeptabler Schritt in Richtung „Längeres gemeinsames Lernen“ ist. Nach Auffassung der GEW wäre dies allenfalls ein Zwischenschritt – allerdings nur dann, wenn ein neues pädagogisches Konzept entsteht und die Rahmenbedingungen entscheidend verbessert würden. Schon heute sind die Realschulen chronisch unterversorgt, haben viel zu große Klassen und die Lehrerinnen und Lehrer sind überlastet.

2. An allen Schulen in Baden-Württemberg wird gute pädagogische Arbeit geleistet – dennoch wollen immer weniger Eltern ihre Kinder nach der Grundschule auf die Hauptschule schicken. Diese Einstellung ist verständlich, denn mit der Verteilung der Grundschul Kinder auf die weiterführenden Schulen findet auch eine Verteilung von Lebens- und Berufschancen statt.
3. Die Übertrittsquote auf die Hauptschule hat im Jahr 2007 im Landesdurchschnitt einen historischen Tiefstand von 26,5% erreicht. Die Übertrittsquote auf die Realschule bleibt mit gut 32 % stabil, die aufs Gymnasium steigt kontinuierlich und hat einen Höchststand von 38% erreicht.
4. In der Öffentlichkeit wird gerne der Eindruck erweckt, als handle es sich um eine Krise der Hauptschule. Diese Aussage ist falsch. Es handelt sich um eine Krise des gesamten Systems, deren Symptome allerdings in der Hauptschule am offensichtlichsten zutage treten. Übrigens zeigt die aktuelle Debatte über das achtjährige Gymnasium auch, dass das gesamte System nicht mehr in Ordnung ist.
5. Wenn der Realschullehrerverband nun verbreitet, dass er die Realschule in Baden-Württemberg für unverzichtbar und unantastbar hält und unterstellt, dass auf Kosten der Realschulen die Probleme anderer Schularten gelöst werden sollen, dann ist dies kein konstruktiver Beitrag zur Lösung der bestehenden Probleme, es sei denn, die Zukunft der gut 26% Hauptschülerinnen und -schüler ist uns gleichgültig. Eine Reform der Schulstruktur muss dazu führen, dass alle davon profitieren – insbesondere die Schülerinnen und Schüler.
6. Ähnlich hilflos reagiert das Kultusministerium. Seit fast 30 Jahren wird ein Programm zur Stärkung der Hauptschule nach dem anderen verkündet – ohne jeden Erfolg. Wie weit soll die Übertrittsquote noch sinken, bis endlich reagiert wird? – Auf 20, 15 oder 10%?

Die GEW Baden-Württemberg vertritt bekanntlich alle Beschäftigten im Bildungsbereich, also auch Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten. Knapp 5.000 GEW-Mitglieder arbeiten an Realschulen; insgesamt organisiert die GEW in Baden-Württemberg rund 44.000 Mitglieder – erfreulicherweise mit steigender Tendenz. Wie viele Mitglieder der Realschullehrerverband hat, ist nicht bekannt, da dieser seine Mitgliederzahlen nicht veröffentlicht. Ich vermute, dass es nicht einmal 1.000 sind.

Ich lade Sie ein mit uns die Diskussion um die Zukunft unseres Schulsystems offen und – wenn es sein muss – kontrovers zu führen.

Mit kollegialen Grüßen



Rainer Dahlem

GEW-Bezirksgeschäftsstellen

GEW Nordwürttemberg

Silcherstr.7
70176 Stuttgart
Telefon (0711) 2 10 30-44
Fax (0711) 2 10 30-75
E-Mail: bezirk.nw@gew-bw.de

GEW Südwürttemberg

Frauenstr. 28
89073 Ulm
Telefon (0731) 9 21 37 23
Fax (0731) 9 21 37 24
E-Mail: bezirk.sw@gew-bw.de

GEW Nordbaden

Ettlinger Str. 3a
76137 Karlsruhe
Telefon (0721) 3 26 25
Fax (0721) 35 93 78
E-Mail: bezirk.nb@gew-bw.de

GEW Südbaden

Wölflinstr. 11
79104 Freiburg
Telefon (0761) 3 34 47
Fax (0761) 2 6154
E-Mail: bezirk.sb@gew-bw.de